



HESSEN



Bericht aus Brüssel

13/2025 vom 23.06.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	3
Europäischer Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	7
Energie.....	8
Digital.....	8
Forschung.....	10
Finanzdienstleistungen.....	11
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	13
Landwirtschaft und Umwelt.....	14
Justiz.....	14
Inneres.....	18
EU-Förderprogramme.....	21
Veranstaltungen.....	22
Vorschau.....	26

Kommission; Erklärung zum geplanten 18. Sanktionspaket gegen Russland

Die Präsidentin der Kommission Ursula von der Leyen und die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Kommission Kaja Kallas haben mit Blick auf das geplante 18. Sanktionspaket gegen Russland am 10.06.2025 erklärt, man müsse den Druck auf Russland erhöhen. Ziel sei es Raum für echte Friedensgespräche zu schaffen, dafür bräuchte man einen echten Waffenstillstand und Russland müsse mit einem ernsthaften Vorschlag an den Verhandlungstisch kommen. Mit dem 18. Paket plant die Kommission einschneidende Sanktionen vorzuschlagen, die vor allem auf die Bereiche Energiesektor und Bankensektor von Russland abzielen. Weiterhin sollen Exportverbote und -kontrollen ausgeweitet werden und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Umgehung der Sanktionen verstärkt werden. In der gemeinsamen Erklärung beschreiben von der Leyen und Kallas auch die bisherigen Auswirkungen der EU-Sanktionen, wie die blockierten Reserven der russischen Zentralbank, hohe Inflation und Zinssätze und sinkende Einnahmen aus Gas- und Ölexporten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_25_1471

Kommission; Rat; Erklärung zu Israel und Iran

Die EU äußert sich zutiefst besorgt über die gefährliche Eskalation, die den Nahen Osten nach den israelischen Angriffen auf Iran und der Reaktion Irans darauf zu destabilisieren drohe. Die EU bekräftigt ihr starkes Engagement für die regionale Sicherheit, einschließlich der Sicherheit des Staates Israel und fordert alle Seiten auf, das Völkerrecht einzuhalten und Zurückhaltung zu üben. In der Erklärung wird weiterhin darauf eingegangen, dass die EU stets deutlich gemacht habe, dass es Iran niemals gestattet werden dürfe, Atomwaffen zu erwerben. Die EU plane sich weiterhin an allen diplomatischen Anstrengungen zu beteiligen, um die Spannungen abzubauen und eine dauerhafte Lösung der iranischen Nuklearfrage zu finden, was nur im Rahmen eines ausgehandelten Abkommens möglich sei.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/14/israeliran-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union/>

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 16.-19.06.2025 in Straßburg

Ansprache König Abdullah II. von Jordanien

Der König von Jordanien, Abdullah II. bin Al-Hussein, hat am 17.06.2025 in einer feierlichen Sitzung vor den MdEP gesprochen. Mit Blick auf die zahlreichen Konflikte in der Welt stellte der König fest: Die Welt befinde sich in einem moralischen Niedergang, und er fügte hinzu, dass sich "eine beschämende Version unserer Menschlichkeit vor unseren Augen in Echtzeit" entfalte. Nirgendwo sei dies deutlicher zu sehen als im Gazastreifen. Der König erklärte: "Wir stehen an einem weiteren Scheideweg in unserer Geschichte. Es geht nicht nur um Gaza. Und es ist nicht nur ein weiterer politischer Moment. Es ist ein Kampf darum, wer wir als globale Gemeinschaft sind und wer wir werden." Zum Abschluss seiner Rede sagte König Abdullah II., dass "dieses Jahr wahrscheinlich eine Zeit entscheidender Weichenstellungen für unsere gesamte Welt sein wird. Die Führungsrolle Europas wird für die Wahl des richtigen Kurses von entscheidender Bedeutung sein. Und Sie können auf Jordanien als Ihren verlässlichen Partner zählen. Unsere gegenseitige Sicherheit wird erst dann gewährleistet sein, wenn die Weltgemeinschaft handelt, um nicht nur

den dreijährigen Krieg in der Ukraine zu beenden, sondern auch den längsten und zerstörerischsten Krisenherd der Welt, den seit acht Jahrzehnten andauernden palästinensisch-israelischen Konflikt“.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2025-06-17-ITM-005_DE.html

Berichte 2023 und 2024 der Kommission über Montenegro

Am 18.06.2025 hat das EP Stellung genommen zu den Fortschritten Montenegros auf dem Weg zum EU-Beitritt. Der Bericht wurde mit einer Mehrheit von 470 – 102 – 77 verabschiedet. Darin begrüßt das EP das Ziel Montenegros, der EU im Jahr 2028 beizutreten, stellt aber auch eine Reihe von Forderungen auf: Das EP fordert politische Stabilität in Montenegro und substanzielle Fortschritte bei den Wahl- und Justizreformen sowie bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption. Das EP betont, dass Montenegro der führende Kandidat im EU-Erweiterungsprozess bleibe, und verweist auf die überwältigende Unterstützung seiner Bürger und der Mehrheit der politischen Akteure für einen EU-Beitritt im Jahr 2028. Das EP begrüßt, dass Montenegro sich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU voll und ganz anschließt, einschließlich der EU-Sanktionen gegen Russland, und lobt Montenegro für seine Unterstützung der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung bei den Vereinten Nationen. Das EP zeigt sich darüber hinaus besorgt über bösartige Einmischungen, Cyberangriffe, hybride Bedrohungen, Desinformationskampagnen und Bemühungen, Montenegro zu destabilisieren, einschließlich der Versuche, seine politischen Prozesse und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dadurch werde die EU diskreditiert und die Fortschritte des Landes auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft untergraben.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0130_DE.html

Gesetzentwurf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern

Am 17.06.2025 hat das EP mit einer Mehrheit von 599 - 2 - 62 seine Position zu einem Gesetzesentwurf angenommen, der es ermöglichen soll, wirksamer gegen sexuellen Missbrauch von Kindern vorzugehen (siehe Beitrag unter „Justiz“).

Bericht zur Rechtsstaatlichkeit in der EU

Das EP hat am 18.06.2025 mit einer Mehrheit von 405 - 210 - 36 einen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit in der EU verabschiedet und in ihm den jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht der Kommission 2024 bewertet (siehe Beitrag unter „Justiz“).

Erste EU-Regeln für Wohlergehen und Rückverfolgbarkeit von Hunden und Katzen

Ein Gesetzesentwurf, der am 19.06.2025 vom EP mit einer Mehrheit von 457 - 17 - 86 angenommen wurde, legt die ersten EU-Mindeststandards für die Zucht, Unterbringung und den Umgang mit Katzen und Hunden fest. Alle verkauften oder verschenkten Hunde und Katzen in der EU sollen in Zukunft, mit einem Mikrochip versehen und in einer europaweit harmonisierten Datenbank registriert werden. Diese Pflicht zur Registrierung soll für alle gelten, die ein Tier verkaufen oder verschenken - auch für Züchter aus Drittstaaten, die in der EU Katzen und Hunde auf den Markt bringen. Dadurch soll die Herkunft der Tiere möglichst lückenlos nachverfolgbar werden, auch für staatliche Aufsichtsbehörden. Die Käufer sollen die Sicherheit haben, dass die Tiere ordentlich behandelt wurden. Das EP fordert auch ein Verbot der Zucht von Hunden oder Katzen, die übermäßige körperliche Merkmale aufweisen sowie ein Verbot der Verwendung dieser Tiere in Shows, Ausstellungen oder Wettbewerben. Das EP wird nun Verhandlungen mit dem Rat über die endgültige Form des Gesetzes aufnehmen.

Europäischer Ausschuss der Regionen

AdR; SEDEC-Fachkommissionssitzung

Am 17.06.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut“, „Stärkung der Rechte der Frauen in der EU: eine lokale und regionale Perspektive“ sowie „Strategie für eine Union der Kompetenzen“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2224943&meetingSessionId=2282055>

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 19.06.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Europäische Verteidigung Bereitschaft 2030“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2225155&meetingSessionId=2282321>

Wirtschaft

Kommission; Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung über elektronische Frachtbeförderungsinformationen

Die Kommission hat am 10.06.2025 eine Konsultation zu ihrem Vorschlag einer Durchführungsverordnung zur Verordnung über elektronische Frachtbeförderungsinformationen (eFTI) eröffnet. In der vorgeschlagenen Durchführungsverordnung geht es um die Festlegung detaillierter Spezifikationen für die funktionalen Anforderungen an eFTI-Plattformen. Die Rückmeldefrist endet am 08.07.2025.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14373-Plattformen-fur-elektronische-Frachtbeforderungsinformationen-electronic-Freight-Transport-Information-eFTI-Spezifikationen-fur-die-funktionalen-Anforderungen_de

Rat; Verhandlungsmandat für die Überarbeitung der Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten haben am 11.06.2025 das Verhandlungsmandat des Rates für die Überarbeitung der Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen angenommen. Die von der Kommission vorgeschlagene Verordnung solle das derzeitige System zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen effizienter und wirksamer machen. Außerdem sollen laut Rat die Regelungen in den Mitgliedstaaten stärker harmonisiert werden. Der Rat will u.a. den Anwendungsbereich der vorgeschlagenen Verordnung auf Militärgüter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck beschränken, um allgemeine Investitionen nicht zu behindern.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9517-2025-INIT/en/pdf>

EuGH; Urteil zur Beschaffung von Galileo-Übergangssatelliten

Mit Urteil vom 12.06.2025 entschied der EuGH in der Rechtsmittelrechtssache C-415/23 P, das Urteil des EuG vom 26.04.2023 aufzuheben und die Rechtssache an das EuG zurückzuverweisen. Bei dem Streit geht es laut EuGH um ein Vergabeverfahren für die Beschaffung von Übergangssatelliten im Rahmen des Galileo-Programms. Hier handelte die Kommission als öffentlicher Auftraggeber. Für die Beschaffung hatten sich neben dem deutschen Raumfahrtunternehmen OHB System (OHB) Airbus Defence and Space (ADS) und Thales Alenia Space Italia (TASI) beworben. Die Kommission fasste den Beschluss, den Auftrag an TASI und ADS zu vergeben und verweigerte OHB den Zuschlag mit der Begründung, dass es nicht das wirtschaftlich günstigste Angebot sei. Gegen diesen Beschluss der Kommission reichte OHB eine Klage beim EuG ein mit der Begründung, dass ein führender Mitarbeiter von OHB zu ADS gewechselt sei. Das EuG entschied, dass die Kommission nicht verpflichtet gewesen sei, eingehende Untersuchungen zu den von OHB gegen ADS erhobenen Vorwürfe anzustellen. Der EuGH entschied nunmehr aber, dass das EuG diese Untersuchungen hätte durchführen müssen. Da die Aufträge aus dem EU-Haushalt finanziert würden, gelte der Grundsatz der Gleichbehandlung. Die o.a. Prüfung müsse jetzt durch das EuG nachgeholt werden.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-415/23>

Eurostat; Überschuss des Euroraums im internationalen Warenverkehr in Höhe von 9,9 Mrd. EUR

Laut vorläufiger Zahlen von Eurostat vom 13.06.2025 verzeichnete der Euroraum im April 2025 einen Überschuss von 9,9 Mrd. EUR im Warenverkehr mit der restlichen Welt. Der Bilanzsaldo des Euroraums sank im Vergleich zu März 2025 um 37,3 Mrd. EUR. Der Rückgang wurde laut Eurostat hauptsächlich durch eine erhebliche Verringerung des Überschusses in der Produktgruppe „Chemische Erzeugnisse & verwandte Produkte“ verursacht, die von 42,8 Mrd. EUR auf 22,1 Mrd. EUR sank. Im Vergleich zu April 2024 ist ein Rückgang um 3,7 Mrd. EUR zu verzeichnen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-euro-indicators/w/6-13062025-bp>

Kommission; Vorlage des fünften Omnibusses zur Verteidigungsindustrie

Die Kommission hat am 17.06.2025 einen Omnibus V vorgelegt und damit laut Kommission eine Vielzahl von Maßnahmen vorgeschlagen, damit die EU besser auf die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen reagieren kann. Ziel sei es, die Mitgliedstaaten und die Industrie beim Ausbau der Verteidigungsfähigkeit und -infrastruktur zu unterstützen. Der Omnibus entspricht damit laut Kommission der Aufforderung des Europäischen Rates vom 06.03.2025, die Arbeiten zur Vereinfachung der für die Verteidigungsbereitschaft relevanten Rechts- und Verwaltungsmaßnahmen zu beschleunigen. Die Kommission konzentriert sich in ihren Vorschlägen sowohl auf verteidigungsspezifische als auch nicht-verteidigungsspezifische Maßnahmen. Ein zentrales Element der Vorschläge sei die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Das solle u.a. in einer neuen Verordnung über die beschleunigte Erteilung von Genehmigungen für Vorhaben zur Vorbereitung auf den Verteidigungsfall geregelt werden.

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/defence-readiness-omnibus_en?prefLang=de

Rat; Annahme des Verhandlungsmandats zu den geänderten Kohäsionsfonds

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten haben am 18.06.2025 die Verhandlungsmandate für die Vorschläge der Kommission vom 01.05.2025 zur Änderung der Verordnungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Kohäsionsfonds sowie über den Fonds für einen gerechten Übergang

(JTF) und der Verordnung über den Europäischen Sozialfonds Plus (vgl. BaB 08/2025) angenommen. Diese Vorschläge der Kommission erfolgten im Rahmen der Halbzeitüberprüfung der Kohäsionsprogramme. Diese dient laut Rat dazu, die „Flexibilitätsreserve“ zuzuweisen, die 50% aller Mittel für 2026 und 2027 entspricht, um neue Prioritäten einzuführen, die sich aus den aktuellen geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ergeben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/18/cohesion-policy-mid-term-review-council-agrees-positions-to-better-address-current-and-emerging-challenges/>

Kommission; Klage gegen DEU vor dem EuGH wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung der EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe

Die Kommission hat am 18.06.2025 beschlossen, DEU vor dem EuGH wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe (Richtlinie 2014/24/EU und Richtlinie 2014/23/EU) zu verklagen. Konkret kritisiert die Kommission laut ihrer Pressemitteilung, dass öffentliche Auftraggeber nach deutschem Recht nicht verpflichtet seien, den Bietern nach Abschluss eines Vertrags detaillierte Informationen zur Verfügung zu stellen, um die verkürzte Frist für den Zugang einer Überprüfung beginnen zu lassen. Zudem sei der Begriff „Auftraggeber“ im deutschen Recht unklar und unionsrechtswidrig definiert und der Postsektor sei unionsrechtswidrig nicht im Anwendungsbereich der Vorschriften.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1500

V e r k e h r

Rat; politische Einigung über Fluggastrechte und Haftung von Luftfahrtunternehmen

Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie in der Formation Verkehr verabschiedete am 05.06.2025 seinen Standpunkt zur Überarbeitung der Verordnung über die Fluggastrechte und der Verordnung über die Haftung von Luftfahrtunternehmen. Angestrebt wird laut Rat die Stärkung mehrerer bestehender Fluggastrechte und deren Präzisierung, aber auch die Einführung von neuen Rechten. Der Standpunkt des Rates sieht u.a. eine Verringerung der Ausgleichszahlungen bei verspäteten Flügen vor. Diese soll es erst bei Verspätungen ab 4 Stunden (bisher 2 Stunden) bei Flügen bis 3.500 km (Entschädigung 300 EUR, bisher bis zu 400 EUR) bzw. 6 Stunden bei Flügen darüber hinaus (bisher 4 Stunden) geben (Entschädigung 500 EUR, bisher 600 EUR). Der Standpunkt des Rates enthält ferner mehrere Änderungen hinsichtlich der Vorschriften für Annullierungen, aufgrund derer Fluggäste einen Anspruch auf Ausgleichsleistungen geltend machen können. Der Rat will aber auch, dass Fluggäste, denen das Boarding auf einem Rückflug verweigert wird, weil sie den Hinflug nicht angetreten haben, Anspruch auf eine Entschädigung erhalten. Zudem sieht die Ausrichtung laut Rat vor, dass wenn eine Fluggesellschaft, nicht innerhalb von drei Stunden nach einer Störung eine angemessene anderweitige Beförderung anbietet, die Passagiere ihre eigene anderweitige Beförderung veranlassen und eine Erstattung von bis zu 400% des ursprünglichen Ticketpreises verlangen können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/05/council-sets-position-on-clearer-and-improved-rules-for-air-passengers/>

Rat: Aussprache über das Paket zur Straßenverkehrssicherheit

Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie in der Formation Verkehr führte auf seine Sitzung am 05.06.2025 einen ersten Gedankenaustausch über die von der Kommission vorgeschlagene Aktualisierung des Pakets zur technischen Überwachung durch, in dem eine umfassende Überarbeitung der EU-Vorschriften für die technische Überwachung und die Fahrzeugzulassung vorgeschlagen wird (vgl. BaB 09/2025). Der Rat hob die Aktualität und Bedeutung der Vorschläge hervor. Er begrüßte vor allem, dass das Paket nicht nur die Straßenverkehrssicherheit aufgreift, sondern verschiedene Aspekte wie Umweltschutz, Verbraucherschutz, Digitalisierung und zudem auch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten mit einbezieht.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2025/06/05/>

E n e r g i e

Rat; Wesentliche Ergebnisse der Sitzung des Energieministerrats

Am 16.06.2025 tagte der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie in der Formation Energie. Auf der Tagesordnung stand u.a. eine Aussprache zum „REPowerEU“-Fahrplan der Kommission (vgl. BaB 10/2025). Die Mehrheit der Mitgliedstaaten begrüßten laut Rat im Rahmen der Aussprache den „REPowerEU“-Fahrplan und die Ziele, Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Abhängigkeit von Russland schrittweise zu beenden. Im Anschluss an die Debatte verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Stärkung der Energieunion durch Verbesserung der Energiesicherheit. In den von 25 Mitgliedstaaten unterstützten Schlussfolgerungen wird u.a. die Kommission ersucht, ihre Arbeit zur Diversifizierung und schrittweisen Beendigung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen fortzusetzen und die Bemühungen um einen vollständig integrierten und vernetzten Energiemarkt zu verstärken

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2025/06/16/>

<https://www.consilium.europa.eu/media/e3inzqbq/st10279en25.pdf>

Kommission; Verordnungsvorschlag zur Beendigung der Gaslieferungen aus Russland

Die Kommission hat am 17.6.2025 einen Verordnungsvorschlag für eine endgültige Beendigung russischer Gaslieferungen in die EU vorgelegt. Der Vorschlag beinhaltet u.a. einen schrittweisen Ausstieg aus Pipelinegas und Flüssigerdgas (LNG) mit Ursprung in oder Ausfuhr direkt oder indirekt aus Russland. So sollen z.B. alle langfristigen Verträge bis spätestens 01.01.2028 beendet werden. Ziel der Kommission sei es, die EU unabhängiger von fossilen Brennstoffen aus Russland zu machen und die Wettbewerbsfähigkeit im Energiebereich zu stärken. Die wirksame Umsetzung der Regelungen und Ziele soll durch verbesserte Bestimmungen in Bezug auf Transparenz, Überwachung und Rückverfolgbarkeit russischen Gases unterstützt werden.

https://energy.ec.europa.eu/publications/proposal-regulation-phasing-out-russian-gas-imports-and-improving-monitoring-potential-energy_en

D i g i t a l

Kommission; Konsultation zu KI-Systemen mit hohem Risiko

Die Kommission hat am 06.06.2025 eine öffentliche Konsultation zum Thema „KI-Systeme mit hohem Risiko“ gestartet, um Rückmeldungen zur Umsetzung der

Vorschriften des KI-Gesetzes für Hochrisiko-KI-Systeme einzuholen. Ziel sei es, praktische Beispiele und Stellungnahmen zu sammeln, die in die geplanten Leitlinien zur Klassifizierung sowie zu Anforderungen und Verantwortlichkeiten entlang der KI-Wertschöpfungskette einfließen sollen. Hochrisiko-KI-Systeme werden im Gesetz als solche definiert, die entweder für die Produktsicherheit relevant sind oder die Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte erheblich beeinträchtigen können. Zur Beteiligung aufgerufen sind Anbieter, Nutzer, Behörden, Forschungseinrichtungen, Zivilgesellschaft und Bürger, um eine breite und fundierte Grundlage für die künftige Regulierung sicherzustellen. Die Konsultation läuft bis zum 18.07.2025.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/commission-launches-public-consultation-high-risk-ai-systems>

Kommission; Konsultation zur Vorbereitung des Rechtsaktes über digitale Netze

Die Kommission bittet seit dem 06.06.2025 um Stellungnahmen zur Beseitigung von Hindernissen für grenzüberschreitende Geschäfte, zur Förderung von Innovationen und zur Steigerung von Investitionen im europäischen Telekommunikationssektor. Die Ergebnisse sollen in das geplante Gesetz über digitale Netze einfließen, das bis Ende 2025 verabschiedet werden soll und den Ausbau von Glasfaser-, 5G/6G- und Cloud-Infrastrukturen unterstützt. Zusammen mit der Überarbeitung des europäischen Kodex für elektronische Kommunikation zielt das Gesetz laut Kommission auf eine Vereinfachung, Harmonisierung und Modernisierung der Vorschriften ab, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und den digitalen Binnenmarkt zu vertiefen. Parallel laufen Studien zu regulatorischen Fragen rund um grenzüberschreitende Netze, Infrastrukturzugang und Finanzierungslösungen. Die Konsultation läuft bis zum 11.07.2025.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/commission-gathers-feedback-upcoming-digital-networks-act>

Kommission; Wissenschaftliches Panel zur Künstlichen Intelligenz

Am 16.06.2025 hat die Kommission einen Aufruf zur Interessensbekundung für die Bildung eines wissenschaftlichen Panels veröffentlicht. Die Kommission sucht Expertinnen bzw. Experten zur Unterstützung der Durchsetzung des AI Act (Verordnung zur Künstlichen Intelligenz) im Hinblick auf sog. general-purpose KI (GPAI). Aufgaben des Panels sollen laut Kommission die Beratung der EU zu Systemrisiken, Modellklassifikationen und Evaluierungs-Methoden sein sowie grenzüberschreitende Marktüberwachung. So soll das KI-Büro der EU frühzeitig auf Risiken, Trends und Potenziale hingewiesen werden. Für die Dauer von zunächst 24 Monaten sucht die Kommission nun 60 Mitglieder mit geeigneter Erfahrung, die über einen Doktorgrad oder vergleichbare Erfahrung verfügen, unabhängig von KI-Anbietern sind und zu mindestens 80% aus EU- oder EFTA-Mitgliedstaaten stammen. Die Frist für Interessensbekundungen läuft bis 14.09.2025.

<https://ec.europa.eu/newsroom/dae/redirection/document/117015>

Kommission; Bericht über den Stand der digitalen Dekade 2025

Die Kommission veröffentlichte am 16.06.2025 den „Bericht zur digitalen Dekade 2025“, in dem sie DEU eine führende Rolle bei Spitzentechnologien wie Halbleitern und Quantencomputing zuweist. Trotz dieser Erfolge bestehe weiterhin ein Defizit bei der digitalen Infrastruktur, den digitalen Kompetenzen und öffentlichen Diensten. EU-weit hinke der Ausbau von Glasfaser und 5G hinterher und die Einführung von KI und Cloud-Technologien müsse beschleunigt werden. Nur etwas mehr als die Hälfte der Europäer verfüge über grundlegende digitale Fähigkeiten und Fachkräftemangel sowie geschlechtsspezifische Unterschiede seien ausschlaggebend für die zu langsamen Fortschritte. Die Abhängigkeit von externen Dienstleistern, sowie

komplexe Vorschriften erschweren laut Kommission die Digitalisierung öffentlicher Dienste. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, die Empfehlungen der Kommission hinsichtlich des Fortschritts und der Transformation zu prüfen und umzusetzen, um die digitale Wettbewerbsfähigkeit bis 2030 zu stärken. Eine Überprüfung der Ziele durch die Kommission erfolgt im Jahr 2026.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_1510

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/factpages/germany-2025-digital-decade-country-report>

Kommission; Konsultation geplanten EU-Strategie für die Zivilgesellschaft

Die EU-Kommission hat am 13.06.2025 eine öffentliche Konsultation zur geplanten EU-Strategie für die Zivilgesellschaft gestartet, um Bürgerinnen, Bürger und Interessengruppen aktiv in den Prozess einzubinden. Ziel der Strategie sei es, die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in ganz Europa zu stärken, sie zu schützen und ihre wichtige Rolle für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt anzuerkennen. Um sicherzustellen, dass die zukünftige Strategie den aktuellen Bedürfnissen und Herausforderungen der zivilgesellschaftlichen Akteure gerecht wird, bittet die Kommission um rege Beteiligung der relevanten Akteure. Die Konsultation läuft bis zum 05.09.2025.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_1498

EuGH; Schlussanträge zur Geldbuße von 4,124 Mrd. EUR gegen Alphabet in der Sache Google Android

Am 19.06.2025 hat Generalanwältin Juliane Kokott (DEU) ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-738/22 P (Google und Alphabet / Kommission) vorgelegt. Die Generalanwältin schlägt vor, das Rechtsmittel von Google zurückzuweisen und somit die vom EuG festgestellte Geldbuße von 4,124 Mrd. EUR zu bestätigen. Konkret könne die Tatsachen- und Beweiswürdigung durch das EuG grundsätzlich nicht vor dem EuGH gerügt werden. Des Weiteren würden die von Google geltend gemachten rechtlichen Argumente nicht durchgreifen. Die Generalanwältin bestätigte, dass das Vorgehen der Kommission korrekt war, Google den Missbrauch seiner marktbeherrschenden Stellung durch die Bündelung von Play Store, Chrome und Search nachzuweisen. Ebenso sei auch der Nachweis über die Anti-Fragmentierung fehlerfrei erbracht, bei der die Lizenz für den Play Store und Google Search an die Anforderung gebunden wurden, nur die von Google genehmigten Android-Versionen zu verkaufen. Trotz teilweiser Nichtigerklärung der Kommissionsentscheidung durch den EuG vom 14.09.2022 bleibe eine fortgesetzte Zuwiderhandlung bestehen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=301366&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9194603>

F o r s c h u n g

Kommission; Forschungsrat; ERC; Ergebnisse

Am 18.06.2025 hat der Europäische Forschungsrat (ERC), eine Agentur der EU, die Ergebnisse der letzten Förderrunde des ERC bekannt gegeben. Der ERC vergibt Zuschüsse (Grants) aus dem Förderprogramm Horizont Europa für Forschende. Die letzte Förderrunde betraf Advanced Grants für Forschende in fortgeschrittener Karriere. Insgesamt werden laut Kommission 281 Projekte mit Grants von der EU gefördert, die eine Gesamtfördersumme von 721 Mio. EUR umfassen. Auch zwei Projekte aus Hessen werden gefördert: Prof. Dr. Alexandre Obertelli, TU Darmstadt (Forschungsprojekt HYPER, Kernphysik) und Prof. PhD. Marco Durante, GSI

Helmholtz-Zentrum in Darmstadt (Forschungsprojekt HI-FLASH, Verbesserung der Tumortherapie). Die Kommission veröffentlichte zeitgleich mit der Bekanntgabe der Resultate auch die Zeitschiene für die neue Förderrunde: Die Bewerbungsfrist für die Förderrunde 2025 in der Förderlinie Advanced Grants läuft ab sofort bis zum 28.08.2025.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/erc-2024-advanced-grants-results>

Kommission; Technologische Entwicklung; Horizont Europa; Jahresbericht

Am 06.06.2025 hat die Kommission ihren jährlichen Bericht 2024 über Forschung, technologische Entwicklungsaktivitäten der EU und Monitoring-Ergebnisse zu Horizont Europa, dem Forschungsrahmenprogramm der EU, vorgelegt. Ziel der Kommission sei es, die Stärken der EU in den Bereichen Forschung und Innovation zu erhalten und weiter zu entwickeln. Wegmarken dabei seien etwa eine zirkuläre Wirtschaft, strategische Autonomie, und auch digitale und grüne Transformation. Insgesamt konnten laut der Kommission 175 von 710 Meilensteinen in dem Bereich Forschung und Innovation erreicht werden. Über das Programm Horizont Europa wurden bis Ende 2024 59,4 Mrd. EUR investiert, um Prioritäten wie den Kampf gegen den Klimawandel oder die digitale Transformation voranzutreiben. Die Erfolgsquote für Projektantragstellungen in Horizont Europa lag bei 16,4% (Stand Januar 2025).

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9976-2025-INIT/en/pdf>

Finanzdienstleistungen

Kommission; Konsultation zu Spar- und Anlagekonten

Am 10.06.2025 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu Spar- und Anlagekonten eröffnet. Diese haben sich als wirksames Instrument erwiesen, um Anreize für die Beteiligung von Privatkunden an den Kapitalmärkten zu schaffen. Mit dieser Initiative wird laut Kommission die in der Spar- und Anlageunion angekündigte Verpflichtung erfüllt, ein europäisches Konzept für Spar- und Anlagekonten oder -produkte auf der Grundlage bestehender bewährter Verfahren zu erstellen. Ziel sei es, die Verfügbarkeit und Akzeptanz dieser Konten in der gesamten Union zu fördern und dabei die bewährten Praktiken, einschließlich der steuerlichen Behandlung und der steuerlichen Verfahren, zu berücksichtigen. Frist für Rückmeldungen ist der 08.07.2025.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14724-Recommendation-on-savings-and-investment-accounts_de

Kommission; Überarbeitung des EU-Verbriefungsrahmens

Am 17.06.2025 schlug die Kommission eine Überprüfung des 2019 bis 2020 in Kraft getretenen EU-Verbriefungsrahmens vor. Ziel der ursprünglichen Regelung sei es, den EU-Verbriefungsmarkt wiederzubeleben und gleichzeitig Bedenken hinsichtlich riskanter Praktiken auszuräumen, welche die Stabilität des Finanzsystems nach der globalen Finanzkrise von 2008 bedrohten. Der bestehende Rahmen führte laut Kommission eine Reihe von Aufsichts- und Regulierungsmaßnahmen ein, die den Anlegerschutz, die Transparenz und die Finanzstabilität stärkten. Auf der Grundlage von sechs Jahren Erfahrung mit den geltenden Vorschriften habe die Kommission festgestellt, dass bestimmte Aspekte des bestehenden Verbriefungsrahmens mit einem übermäßigen regulatorischen oder aufsichtsrechtlichen Aufwand verbunden seien, der die Entwicklung des EU-Verbriefungsmarkts behindere. Die nun vorgeschlagene Überprüfung biete die Gelegenheit, den Rahmen neu zu kalibrieren und ein besseres Gleichgewicht zwischen der Aufrechterhaltung geeigneter

Schutzmaßnahmen und der Förderung des Verbriefungsmarkts zur Unterstützung der Finanzierung und des Wachstums der EU-Wirtschaft herzustellen. Die Überprüfung ist laut Kommission die erste im Rahmen der Mitteilung über die Spar- und Investitionsunion (SIU) vorgeschlagene Initiative, die darauf abzielt, das Potenzial sowohl der Kapitalmärkte als auch des Bankensektors zu nutzen, um Einsparungen in produktive Investitionen zu lenken.

https://europa.eu/newsroom/ecpc-failover/pdf/qanda-25-1503_de.pdf

Rat; EP; Einigung auf Verkürzung des Abwicklungszyklus im Wertpapierhandel

Am 18.06.2025 haben sich Rat und EP vorläufig über neue Vorschriften geeinigt, um Geschäfte mit übertragbaren Wertpapieren effizienter zu gestalten. Ziel sei es, den Abwicklungszyklus für Wertpapiergeschäfte, wie Geschäfte mit Aktien oder Anleihen, die an EU-Handelsplätzen ausgeführt werden, von spätestens zwei Geschäftstagen (sog. „T+2“) auf spätestens einen Geschäftstag („T+1“) nach dem Abschlussstag zu verkürzen. Die neue Maßnahme erfolgt in Form einer Änderung der Verordnung über Zentralverwahrer, die vor zehn Jahren in Kraft getreten ist. Mit der genannten Verordnung wurde der Wertpapierabwicklungszyklus in der EU laut Rat dahingehend harmonisiert, dass die Abwicklung spätestens am zweiten Geschäftstag nach dem Abschlussstag erfolgen muss. Seitdem haben viele Märkte außerhalb der EU ihren Abwicklungszyklus verkürzt oder arbeiten derzeit an einer Verkürzung. Mit der Einigung über eine Änderung des Abwicklungszyklus in der Verordnung über Zentralverwahrer werden somit Diskrepanzen zwischen den EU-Finanzmärkten und den globalen Finanzmärkten verhindert und die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Kapitalmärkte aufrechterhalten. In der Tat wird sowohl im Draghi- als auch im Letta-Bericht die derzeitige Nachhandelslandschaft, einschließlich der Abwicklung von Handelsgeschäften, als erhebliches Hindernis für die Kapitalmärkte der EU hervorgehoben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/18/securities-trading-council-and-parliament-agree-on-shorter-settlement-cycle>

Rat; EP; Einigung auf Vereinfachung des CO2-Grenzausgleichssystems

Am 18.06.2025 haben Rat und EP vorläufig eine Einigung über einen Vorschlag erzielt, mit dem das CO2-Grenzausgleichssystem (CBAM) der EU vereinfacht und gestärkt werden soll. Er ist Teil des Gesetzgebungspakets „Omnibus I“. Mit dem Vorschlag soll die CBAM-Verordnung laut Rat vereinfacht und ihre Einhaltung kosteneffizient verbessert werden, ohne die darin festgelegten Klimaziele zu gefährden: Sie soll weiterhin für rund 99% der mit importierten CBAM-Waren verbundenen „grauen Emissionen“ gelten. Übergeordnetes Ziel sei es, den Regulierungs- und Verwaltungsaufwand sowie die Kosten zu verringern, die EU-Unternehmen – insbesondere KMU – durch die Einhaltung der Vorschriften entstehen. Rat und EP haben die wesentlichen Elemente des Kommissionsvorschlags zur Vereinfachung der CBAM-Vorschriften beibehalten: eine weiter gefasste De-minimis-Ausnahmeregelung für Einführer, die einen einzigen massenbasierten Schwellenwert von 50 Tonnen eingeführter Waren pro Einführer und Jahr nicht überschreiten. Dieser neue Schwellenwert soll die geltenden, deutlich enger gefassten Bestimmungen der CBAM-Verordnung ersetzen, wonach Waren mit geringem Wert ausgenommen werden. Dies dürfte dazu führen, dass KMU und Einzelpersonen, die kleine oder vernachlässigbare Mengen von CBAM-Waren einführen, in den meisten Fällen von den Verpflichtungen der CBAM-Verordnung befreit werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/18/carbon-border-adjustment-mechanism-cbam-council-and-parliament-strike-a-deal-on-its-simplification/>

EuGH; Schlussanträge zur Ausschlussfrist von zehn Jahren bei der Haftung für Impfstoffe

Die Generalanwältin Laila Medina hat am 19.06.2025 ihre Schlussanträge zu der Rechtssache C-338/24 (Sanofi Pasteur SA) vorgelegt. Im Ausgangsverfahren verklagte die Betroffene Sanofi Pasteur um mögliche Folgeschäden einer Impfung mit dem Impfstoff Revaxis. Generalanwältin Medina hält es für zulässig, dass Geschädigte den Hersteller nach nationalem Verschuldensrecht verklagen, wenn sich der Anspruch nicht allein auf den Fehler des Produkts beschränke, etwa bei unterlassenen Warnungen über seine Risiken. Die zehnjährige Ausschlussfrist der Produkthaftungsrichtlinie dürfe bei progressiven Krankheiten nicht starr gelten, wenn sich die Erkrankung vor Fristablauf nicht stabilisiert hat, da dies das durch die Charta der Grundrechte der EU garantierte Recht auf wirksamen Rechtsschutz verletze. Auch müsse die dreijährige Verjährungsfrist erst ab dem Zeitpunkt beginnen, zu dem der Schaden, der Fehler und der Kausalzusammenhang für den Geschädigten erkennbar und medizinisch belegbar seien.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=301365&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9163208>

EuGH; Urteil zu in POL geltendem Werbeverbot für Apotheken

Der EuGH hat am 19.06.2025 der Vertragsverletzungsklage der KOM in der Rechtssache C-200/24 (Kommission / POL (Werbung für Apotheken)) in vollem Umfang stattgegeben. Gegenstand der Klage war ein im Jahr 2012 in Kraft getretenes polnisches Gesetz zum Verbot von Werbung für Apotheken, Apothekenverkaufsstellen und deren Tätigkeiten. Der EuGH entschied, dass dieses gegen die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr in der EU und damit Unionsrecht verstößt, da es reglementierten Berufen grundsätzlich erlaubt sein muss, Online-Werbung zu nutzen. Zudem verletze das Verbot die Dienstleistungsfreiheit und Niederlassungsfreiheit. POL konnte nicht nachweisen, dass eine Beschränkung dieser Freiheiten durch den Schutz der öffentlichen Gesundheit gerechtfertigt werden könnte.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=301356&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9163965>

Rat; EP; Vorläufige Einigung zum OSOA-Paket

Am 12.06.2025 erzielten der Rat und das EP eine vorläufige Einigung über das OSOA-Paket (One Substance One Assessment/ Ein Stoff, eine Bewertung). Dieses sieht eine Straffung der Gefahren- und Risikobewertung von Chemikalien in der EU sowie einen verbesserten Informationszugang und -austausch über Chemikalien durch eine gemeinsame Datenplattform vor. Der Rechtsrahmen umfasst laut Rat eine transparentere Sicherheitsbewertung von u.a. Medizinprodukten, Spielzeugen, Lebensmitteln, Pestiziden und Bioziden. Konkret enthält das Paket drei Vorschläge: eine Richtlinie über die Neuzuweisung wissenschaftlicher und technischer Aufgaben, eine Verordnung zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den EU-Agenturen im Bereich Chemikalien sowie eine Verordnung zur Einrichtung einer gemeinsamen Datenplattform für Chemikalien.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/06/12/council-and-parliament-agree-on-simplified-and-more-efficient-handling-of-chemical-assessment-data/>

Rat; Änderung des Schutzstatus des Wolfs angenommen

Der Rat hat am 05.06.2025 den Gesetzgebungsakt zur Änderung der Richtlinie über den Schutzstatus des Wolfs angenommen. BEL, ESP und POL enthielten sich. Mit der Annahme wird der Schutzstatus des Wolfs in Anpassung an die Berner Konvention von „streng geschützt“ auf „geschützt“ gesenkt, was den Mitgliedstaaten (MS) laut Rat mehr Flexibilität bei der Bewirtschaftung ihrer Wolfsbestände einräumt. Die MS seien dennoch gehalten, einen günstigen Erhaltungszustand ihrer Wolfspopulation sicherzustellen. Die Richtlinie muss laut Rat von den MS innerhalb von 18 Monaten umgesetzt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/documents/public-register/public-register-search/?WordsInSubject=&WordsInText=&DocumentNumber=9212%2F25>

Rat; Omnibus IV - Einigung auf Standpunkt zu den Sorgfaltspflichten für Batterien

Am 19.06.2025 hat sich der Rat auf einen Standpunkt zur Vereinfachung der EU-Batterieverordnung geeinigt. Die Kommission hatte diese Vereinfachung als Teil ihres Omnibus IV-Pakets vom 21.05.2025 vorgeschlagen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Bereich der Batterien zu stärken. Die Änderung soll aus Sicht der Kommission im Wesentlichen darin bestehen, den Batterieherstellern mehr Zeit für die Einhaltung der in der EU-Batterieverordnung vorgesehenen Sorgfaltspflicht zur Vermeidung oder Verringerung der negativen Auswirkungen von Batterien auf die Umwelt einzuräumen. Konkret würde dies bedeuten, dass die jetzige Frist zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten (18.08.2025) bis zum 18.08.2027 verlängert würde. Darüber hinaus ist beabsichtigt, die Leitlinien für die Sorgfaltspflicht ein Jahr vor Inkrafttreten der Verpflichtungen zu veröffentlichen. Damit sollen den Unternehmen rechtzeitig Orientierungshilfen an die Hand gegeben werden. Um den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit den Sorgfaltspflichten zu verringern, sollen die Unternehmen laut Rat künftig nur noch alle drei Jahre statt jährlich Berichte über ihre Einhaltung veröffentlichen müssen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/19/simplification-council-agrees-position-to-stop-the-clock-on-due-diligence-rules-for-batteries/>

Justiz

Rat; Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ (Teil Justiz)

Der Rat „Justiz und Inneres“ (Justiz) tagte am 12.06.2025 in Luxemburg. Themen waren laut Rat u.a. die Harmonisierung des Insolvenzrechts, der Schutz von Erwachsenen, die Bekämpfung der Straflosigkeit des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, die Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität, der Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention und die Tätigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2025/06/12/>

Kommission; Konsultation zur Strategie für die Zivilgesellschaft

Die Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur geplanten EU-Strategie für die Zivilgesellschaft gestartet. Diese zielt laut Mitteilung der Kommission darauf ab, die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in der gesamten EU zu unterstützen, zu schützen und zu stärken. Bürger und Interessengruppen haben bis zum 05.09.2025 die Möglichkeit, ihre Ideen zur Strategie einzubringen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-strategie-fur-die-zivilgesellschaft-ihre-meinung-ist-gefragt-2025-06-13_de
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14588-EU-Civil-Society-Strategy_de

Rat;EuGH; Ernennung von Richtern am EuGH und am Gericht der EU

Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten haben am 11.06.2025 einen Richter beim EuGH und sieben Richterinnen bzw. Richter beim Gericht der EU ernannt. Beim EuGH wird als Nachfolger des verstorbenen Richters Marko Ilešič, für dessen verbleibende Amtszeit bis zum 06.10.2027 Herr Marko Bošnjak (SLO) zum Richter ernannt. Beim Gericht der EU endet am 31.08.2025 die Amtszeit von 26 Richtern, so dass eine teilweise Neubesetzung ansteht. In diesem Zusammenhang wird Frau Raffaella Pezzuto (ITL) für eine erste Amtszeit zur Richterin beim Gericht ernannt. Die Amtszeit mehrerer Richterinnen und Richter wird verlängert; dies betrifft Herrn Johannes Laitenberger (DEU) und Frau Gabriele Steinfatt (DEU), Frau Danute Jočienė (LIT), Frau Maja Brkan (SLO) und Herrn Damjan Kukovec (SLO) sowie Herrn Jörgen Hettne (SWE). Diese Ernennungen gelten für den Zeitraum vom 01.09.2025 bis zum 31.08.2031.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/11/court-of-justice-of-the-eu-member-states-representatives-appoint-a-judge-to-the-court-of-justice-and-seven-judges-to-the-general-court/>

Rat; Standpunkt zur Annäherung der nationalen Insolvenzstandards

Der Rat hat am 12.06.2025 seinen Standpunkt zu einer EU-Richtlinie zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts festgelegt. Die Annäherung nationaler Insolvenzregelungen soll die EU laut Rat attraktiver für ausländische und grenzüberschreitend tätige Investoren machen. Die Richtlinie sieht laut Rat als Neuerung vor, dass unter bestimmten Umständen Gläubigerausschüsse in allen MS eingerichtet werden müssen, welche die Position der Gläubiger im Insolvenzverfahren stärken und die Beteiligung einzelner Gläubiger gewährleisten sollen, die andernfalls, z. B. aufgrund begrenzter Ressourcen oder der geografischen Entfernung, nicht am Verfahren teilnehmen könnten. Bestimmte Merkmale des Gläubigerausschusses sollen laut Rat in allen MS harmonisiert werden, wie Zusammensetzung, Rechte und Pflichten des Ausschusses sowie die persönliche Haftung seiner Mitglieder.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/12/eu-insolvency-law-member-states-agree-position-on-bringing-national-insolvency-standards-closer/>

Rat; Partielle allgemeine Ausrichtung zur Verordnung zum Erwachsenenschutz

Am 12.06.2025 hat der Rat sich auf eine partielle allgemeine Ausrichtung zu den wichtigsten Aspekten eines Verordnungsentwurfs geeinigt, mit dem die Rechte von Erwachsenen, die in grenzüberschreitenden Situationen Schutz oder Unterstützung benötigen, garantiert werden sollen. Diese Einigung deckt laut Rat Teile des neuen Rechtsakts ab, während andere Bestimmungen noch erörtert werden. Mit der neuen Verordnung soll der Schutz von Erwachsenen laut Rat verbessert werden, die aufgrund einer Beeinträchtigung oder Unzulänglichkeit ihrer persönlichen Fähigkeiten nicht in der Lage sind, ihre eigenen Interessen zu schützen. Themen der Einigung waren u.a. die gerichtliche Zuständigkeit, das anwendbare Recht und Bestimmungen zur Rechtskollision, um Fälle zu regeln, in denen ein Mitgliedstaat (MS) mehr als ein Rechtssystem hat. Laut dem vereinbarten Text werden die von einem Gericht in einem anderen MS ergriffenen Maßnahmen von den MS automatisch anerkannt, mit Ausnahmen in begrenzten Fällen. Auch soll sichergestellt werden, dass öffentlichen Urkunden (z. B. einer notariellen Urkunde) in anderen MS dieselbe Beweiskraft zukommt wie in ihrem ursprünglichen MS. Während des DNK EU-Ratsvorsitzes

werden die Beratungen über die verbleibenden Bestimmungen der geplanten Verordnung fortgesetzt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/12/council-agrees-position-on-eu-law-improving-legal-protection-for-adults-in-need-of-care/>

EuGH; Schlussanträge hinsichtlich der Bestimmung des anwendbaren Rechts bei der Rückforderung von Glücksspieleinsätzen

Am 12.06. legte Generalanwalt Emiliou seine Schlussanträge in der Rechtssache C-C-77/24 (Wunner) vor und kommt zu dem Ergebnis, dass bei einer Klage wegen unerlaubter Handlung gegen die Geschäftsführer eines Online-Glücksspielanbieters aus einem anderen Mitgliedstaat (MS) inländisches Recht anzuwenden sei. Ein AUT Verbraucher erhob vor einem inländischen Gericht Klage gegen die ehemaligen Geschäftsführer eines inzwischen insolventen Online-Glücksspielanbieters aus MTA. Er führte an, dass die durch die Beklagten durchgeführten Glücksspiele in AUT ohne die nach nationalem Recht erforderliche Konzession eine unerlaubte Handlung darstellten. Der AUT Oberste Gerichtshof (OGH) hatte zu entscheiden, ob diese unerlaubte Handlung AUT oder MTA Recht unterliegt und ersuchte zur Klärung den EuGH. Generalanwalt Emiliou schlägt vor, wie folgt zu antworten: Die Rom II-Verordnung sei auf diesen Sachverhalt anwendbar und dahin auszulegen, dass in der vorliegenden Konstellation der „Schaden“ in AUT – als demjenigen MS, von welchem aus die Spieleinsätze getätigt wurden – eintrat. Somit sei AUT Recht anzuwenden. Dies entspreche dem Ziel der Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit, gerade weil die Tätigkeit des Glücksspielanbieters auf AUT ausgerichtet war.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=301173&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=6086892>

EP; Position zu Gesetzentwurf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern

Am 17.06.2025 hat das EP mit 599 Ja- gegen 2 Nein- Stimmen bei 62 Enthaltungen seine Position zu einem Gesetzesentwurf angenommen, der es ermöglichen soll, wirksamer gegen sexuellen Missbrauch von Kindern vorzugehen. Die Abgeordneten sprachen sich dafür aus, die EU-weiten Definitionen von Straftaten im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch und der Ausbeutung von Kindern zu aktualisieren, um den technologischen Entwicklungen Rechnung zu tragen, wie künstliche, aber realistisch wirkende Deepfakes, in denen der sexuelle Missbrauch von Kindern dargestellt wird. Missbrauch und Kontaktaufnahme zu Missbrauchszwecken sollen online und in der realen Welt gleichermaßen strafrechtlich verfolgt werden können. Das EP schlägt vor, die Höchststrafen für mehrere Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch zu erhöhen, u.a. für sexuelle Aktivitäten mit Kindern, die zwar das Alter der sexuellen Mündigkeit erreicht haben, in diese Aktivitäten aber nicht einwilligen. Strenger bestraft werden soll auch, wer Kinder anwirbt, um sie als Prostituierte auszubeuten, wer Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern besitzt oder verbreitet und wer (z. B. finanzielle) Gegenleistungen für bestimmte Straftaten im Zusammenhang mit dem sexuellen Missbrauch von Kindern anbietet. Für Straftaten, die unter die aktualisierten Vorschriften fallen, sollen nach dem Willen der Abgeordneten keine Verjährungsfristen mehr gelten, weil es statistisch belegt ist, dass die meisten Opfer die entsprechenden Straftaten erst lange danach anzeigen. Auch für den Anspruch der Opfer auf Entschädigung sollte keine Verjährungsfrist gelten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20250613IPR28905/neue-regeln-im-kampf-gegen-kindesmissbrauch>

EuGH; Schlussanträge zur Zulässigkeit des elektronischen Kopierens von Audiofragmenten (sog. Samples)

Am 17.06.2025 legte Generalanwalt Emiliou seine Schlussanträge in der Rechtssache C-590/23 (Pelham) vor und schlägt vor, das sog. „Sampling“ nur dann als zulässig zu erachten, wenn die Entlehnung einer künstlerischen Stilmachung dient. In dem Rechtsstreit zwischen der Band Kraftwerk und der Produktionsfirma Pelham GmbH u.a. ersuchte der Bundesgerichtshof (BGH) zum zweiten Mal den EuGH um Vorabentscheidung. Im Jahr 1997 nutzte Pelham bei der Produktion des Hip-Hop-Songs „Nur mir“ einen Ausschnitt von zwei Sekunden (ein sog. „Sample“) von dem Tonträger des zuvor von Kraftwerk produzierten Elektroniktittels „Metall auf Metall“. Der BGH wollte nun geklärt haben, ob die Urheberrechtsrichtlinie (2001/29/EG) dieses Vorgehen als Nutzung eines geschützten Werks „zum Zwecke von Pastiche“ erlaubt. In seinem Schlussantrag legt Generalanwalt Emiliou dar, der Begriff „Pastiche“ im Sinne der Richtlinie erfasse künstlerische Schöpfungen, die an bestehende Werke, Genre oder Künstler durch charakteristische „ästhetische Sprache“ erinnern. Hierunter könne auch die Nutzung geschützter Samples fallen. Jedoch sei im Fall Pelham die Nutzung eines geschützten Werks nicht zum „zum Zwecke von Pastiche“ erfolgt, da trotz Wiederverwendung des Samples ein neues Musikwerk in einem völlig anderen Stil geschaffen wurde, welches nicht an den ursprünglichen Song erinnern soll.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=301220&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8244266>

EP; Bericht zur Rechtsstaatlichkeit in der EU verabschiedet

Das EP hat am 18.06.2025 mit 405 Ja- gegen 210 Nein-Stimmen bei 36 Enthaltungen einen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit in der EU verabschiedet und mit ihm auch den jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht der Kommission 2024 bewertet. Die Abgeordneten identifizieren laut EP ein breites Spektrum an Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit und der EU-Werte in den Mitgliedstaaten und unterstreichen die Notwendigkeit einer unabhängigen und effektiven Justiz mit hochqualifiziertem Personal. Sie verurteilen die Einmischung in Korruptionsermittlungen und den Missbrauch der Justiz für politische Zwecke, wiederholen die Forderung nach einer stärkeren Durchsetzung der EU-Werte und der Entscheidungen des EuGH und warnen davor, dass die Legitimität der EU-Rechtsordnung auf dem Spiel stehe. Sie fordern, Hassverbrechen und Hassreden auf EU-Ebene zu kriminalisieren, verurteilen Angriffe auf die Pressefreiheit, den Einsatz von Spionageprogrammen gegen Journalisten und die Zivilgesellschaft sowie die Verbreitung von Desinformationen, die demokratische Prozesse untergraben.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20250616IPR28956/parlament-verabschiedet-bericht-zur-rechtsstaatlichkeit-in-der-eu>

EuGH; Schlussanträge zur Erstattung der beim Ticketkauf gezahlten Vermittlungsgebühr bei Flugannullierung

Am 19.06. legte Generalanwalt Norkus seine Schlussanträge in der Rechtssache C-C-45/24 (VKI/KLM) vor. Er argumentiert, dass bei Flugannullierung neben dem Flugpreis auch die Vermittler-Provision zu erstatten sei. Fluggäste hatten Tickets für Flüge der Gesellschaft KLM auf dem Buchungsportal Opodo gekauft, welches seit Langem vertraglich mit KLM zusammenarbeitet. Die Flüge wurden annulliert. KLM erstattete ihnen den Ticketpreis, zog aber die (ursprünglich nicht ausgewiesene) Vermittlungsgebühr von Opodo ab. Die Fluggäste traten ihre Ansprüche an den AUT Verein für Konsumenteninformation (VKI) ab, welcher KLM auf Erstattung der Provision verklagte. Der AUT Oberste Gerichtshof (OGH) ersuchte sodann den EuGH um Auslegung der EU-Fluggastrechteverordnung (Nr. 261/2004). Nach Ansicht des Generalanwalts Norkus sei die Verordnung so auszulegen, dass der Flugscheinpreis,

der bei Flugannullierung dem Fluggast zu erstatten ist, auch die an einen Dritten gezahlte Provision umfasse. Auf die Kenntnis der Provisionshöhe komme es nicht an. Von seiner Verantwortung sei das Unternehmen nur befreit, wenn es von der Erhebung der Vermittler-Provision nichts wusste. Vorliegend reiche die dauerhafte Beziehung zwischen KLM und Opodo aus, um das Wissen und eine implizite Billigung der Erhebung der Provision zu belegen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=301360&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9688109>

I n n e r e s

Rat; Verabschiedung eines Konzepts zur besseren Bewältigung von Cyber-Krisen und -Vorfällen in Europa

Die Mitgliedstaaten haben am 06.06.2025 den Vorschlag der Kommission für ein EU-Konzept für das Krisenmanagement im Bereich der Cybersicherheit („Cyber Blueprint“) angenommen, um die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber den wachsenden Cyber-Bedrohungen zu stärken. Der „Cyber Blueprint“ legt laut Rat die Rollen und Zuständigkeiten fest und beschreibt die wichtigsten Akteure und Mechanismen, die in allen Phasen einer Krise beteiligt sind. Er soll insbesondere den Informationsaustausch und die Koordinierung der Reaktionen auf politischer und technischer Ebene während einer Krise verbessern.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/06/06/eu-adopts-blueprint-to-better-manage-european-cyber-crises-and-incidents/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=3318

Kommission; Bericht über die Durchführung der Europawahlen 2024 veröffentlicht

Die Kommission hat am 06.06.2025 einen Bericht über die Durchführung der Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 veröffentlicht. Die Berichterstattung folgt laut Kommission ihrer Verpflichtung, die Auswirkungen der Empfehlung von 2023 zu inklusiven und widerstandsfähigen Wahlprozessen spätestens ein Jahr nach den Wahlen zu bewerten. Der Bericht stützt sich auf verschiedene Quellen, darunter Umfragen der Kommission in den Mitgliedstaaten, bei europäischen und nationalen politischen Parteien sowie direkte Rückmeldungen von Bürgern und Berichte von Wahlbeobachtern und Organisationen der Zivilgesellschaft.

https://commission.europa.eu/document/2a7fddb2-e927-4079-92cc-4bb4279e9a46_en

Frontex; Irregulärer Grenzübertritte in den ersten fünf Monaten des Jahres 2025 rückläufig

Die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 10.06.2025 vorläufige Daten zu irregulären Grenzübertritten in die EU in den ersten fünf Monaten des Jahres 2025 bekanntgegeben. Danach sind irreguläre Grenzübertritte in diesem Zeitraum im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 20% auf insgesamt 63.700 zurückgegangen. Der stärkste Rückgang sei bei den Ankünften über die Westbalkanroute (-56%) zu verzeichnen gewesen. Die zentrale Mittelmeerroute sei auch im bisherigen Jahr 2025 die am stärksten frequentierte Route gewesen und mache ein Drittel aller Ankünfte in der EU aus. Am häufigsten seien bei irregulären Grenzübertritten Personen aus Bangladesch, Afghanistan und Mali angetroffen worden.

<https://www.frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/eu-external-borders-irregular-crossings-drop-by-20-in-first-5-months-of-2025-zF3N3O>

Kommission; Verstärkte Zusammenarbeit mit Bosnien und Herzegowina zu Migration und Grenzmanagement

Wie die Kommission am 11.06.2025 bekanntgab, beabsichtigen die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) und die Behörden in Bosnien und Herzegowina ihre Zusammenarbeit im Bereich Migration und Grenzmanagement zu verstärken. Eine neue Vereinbarung soll es Frontex ermöglichen, gemeinsame Aktionen mit Bosnien und Herzegowina durchzuführen und seine ständige Reserve überall im Land, auch an den Grenzen zu benachbarten Nicht-EU-Ländern, sowie an Grenzübergangsstellen, einschließlich Flughäfen, einzusetzen. Die Vereinbarung tritt nach Zustimmung des Europäischen Parlaments und des Rates sowie nach dem nationalen Ratifizierungsverfahren in Bosnien und Herzegowina in Kraft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1454

Kommission; Halbzeitbericht über die Umsetzung des Migrations- und Asylpakets vorgelegt

Am 11.06.2025 hat die Kommission ihre Halbzeitbilanz zur Umsetzung des Migrations- und Asylpakets (GEAS) vorgelegt. Danach konnten nach der ersten Hälfte des Übergangszeitraums bedeutende Fortschritte festgestellt werden. Es seien aber auch noch weitere Anstrengungen erforderlich, um verbleibende Herausforderungen zu bewältigen und sicherzustellen, dass das neue Migrationsmanagementsystem der EU bis Juni 2026 voll funktionsfähig ist. Der Bericht legt die Fortschritte anhand der einzelnen Komponenten des gemeinsamen Durchführungsplans dar und enthält laut Kommission entsprechende Aussagen zu der Umsetzung in den Bereichen Eurodac, Außengrenzen, Aufnahmebedingungen, faire, effiziente und einheitlichere Asylverfahren, Rückkehrverfahren, Übernahme von Verantwortlichkeiten, gelebte Solidarität, Vorsorge und Notfallplanung, neue Garantien und Überwachung der Einhaltung der Grundrechte, Integration und legale Zugangswege.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1446

EuGH; Schlussanträge zur Haftbarmachung von Frontex bei Rechtsverstößen

Die Generalanwältin beim EuGH Tamara Čapeta hat am 12.06.2025 in der Rechtssache C-679/23 P ihre Schlussanträge vorgelegt. Sie vertritt darin die Auffassung, dass die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) verpflichtet sei, zu überprüfen, ob für alle Personen, die Teil einer gemeinsamen Rückkehraktion sind, eine Rückkehrentscheidung vorliegt. Im Falle eines Unterlassens könne Frontex für Schäden haftbar gemacht werden. Dies gelte auch dann, wenn ein Mitgliedstaat parallel für denselben Schaden haftbar gemacht werden könne.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=459E3DCF407D01D03CA320B9C006BDBA?text=&docid=301170&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=8538909>

Rat; Innenministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten kommen in LUX zusammen

Im Rahmen des Rates für Justiz und Inneres kamen die Innenministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten am 13.06.2025 in LUX zusammen. Hierbei erzielten sie eine politische Einigung darüber, den vorübergehenden Schutz für Ukraine-Flüchtlinge bis März 2027 zu verlängern und erörterten auch die Vorbereitung eines koordinierten Übergangs aus dem vorübergehenden Schutz. Der Rat billigte weiterhin eine „Schengen-Erklärung“ und tauschte sich über die Prioritäten des Schengen-Raums für die nächsten zwölf Monate aus. DNK nutzte die Ratstagung, um die Prioritäten der

kommenden DNK-Ratspräsidentschaft für den Bereich Inneres vorzustellen. Weitere Themen der Ratstagung waren u.a. der Umsetzungsstand bei der Verwirklichung der Interoperabilität und des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die externe Dimension der Migration anhand der Lage in Libyen sowie die Prioritäten der EU für die Bekämpfung schwerer und organisierter Kriminalität in den kommenden Jahren.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2025/06/13/>

Rat; EP; Einigung auf neue Regeln zur Durchsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Der Rat und das Europäische Parlament haben sich am 16.06.2025 vorläufig auf neue Regeln zur Durchsetzung der DSGVO geeinigt. Ziel der neuen Regelungen sei es, grenzüberschreitende Verfahren effizienter zu gestalten und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern schneller zu bearbeiten. Die neuen Regeln enthalten u.a. Fristen für die Bearbeitung: Bei einfachen Fällen sollen nationale Datenschutzbehörden innerhalb von zwölf Monaten entscheiden, bei komplexen Fällen innerhalb von 15 Monaten – mit der Möglichkeit einer Verlängerung um weitere zwölf Monate.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/16/data-protection-council-and-european-parliament-reach-deal-to-make-cross-border-gdpr-enforcement-work-better-for-citizens/>

Europol; Erfolgreicher Schlag gegen eine der größten und am längsten bestehenden Darknet-Plattformen

Wie die Europäische Polizeibehörde (Europol) am 16.06.2025 bekanntgab, wurde im Rahmen einer international koordinierten Polizeiaktion eine der größten Plattformen für Drogenhandel im Darknet "Archetyp Market" mit einem Umsatz von mindestens 250 Mio. EUR abgeschaltet. Neben Europol und der Agentur der EU für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) waren auch Strafverfolgungsbehörden aus fünf Mitgliedstaaten und den USA beteiligt. Die Operation wurde von der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main – Zentrale Stelle für Cyberkriminalität (ZIT) und dem Bundeskriminalamt (BKA) geleitet.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/europe-wide-takedown-hits-longest-standing-dark-web-drug-market>

Rat; EP; Einigung auf neue Regelungen zur Aussetzung des visumfreien Reiseverkehrs für Drittländer

Der Rat und das Europäische Parlament haben sich am 17.06.2025 vorläufig auf eine Aktualisierung der Regelungen geeinigt, die es der EU ermöglicht, den visumfreien Reiseverkehr für Drittstaatsangehörige, die bei Reisen in den Schengen-Raum von der Visumpflicht befreit sind, auszusetzen. Durch die Änderungen der Regelungen soll die EU laut Rat in die Lage versetzt werden, besser auf Situationen reagieren zu können, in denen das visumfreie Reisen missbraucht wird oder den Interessen der EU zuwiderläuft.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/17/visa-policy-council-and-european-parliament-secure-a-deal-on-rules-about-the-suspension-of-visa-free-travel-for-third-countries/>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU wegen Nichtumsetzung der Regelungen zum Rückkehrweis

Wie die Kommission am 18.06.2025 bekannt gab, beabsichtigt sie u.a. an DEU eine mit Gründen versehene Stellungnahmen zu richten, weil DEU es versäumt habe, die EU-Vorschriften über den EU-Rückkehrweis ordnungsgemäß umzusetzen. Die Kommission hatte diesbezüglich am 31.01.2025 bereits ein Aufforderungsschreiben

u.a. an DEU gerichtet. Die EU-Vorschriften über den EU-Rückkehrerausweis sehen vor, dass die Mitgliedstaaten EU-Bürgerinnen und -Bürgern, deren Pass bei einem Auslandsaufenthalt verloren gegangen ist oder gestohlen oder zerstört wurde, einen EU-Rückkehrerausweis ausstellen, damit sie in ihr Herkunfts- oder Wohnsitzland zurückkehren können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_25_1241

Kommission; EU und Kanada wollen Verhandlungen zu einer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft aufnehmen

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, haben am 18.06.2025 im Rahmen des G7-Gipfeltreffens in Alberta (Kanada) mit dem kanadischen Premierminister Anthony Albanese vereinbart, Verhandlungen über eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft aufzunehmen. Die Partnerschaft soll einen Rahmen für die derzeitige und künftige Zusammenarbeit u.a. in den Bereichen Cyber- und Terrorismusbekämpfung und Verteidigungsindustrie bieten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_25_1553

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen BUL, IRL und PTL wegen Nichtumsetzung der Verordnung zur Bekämpfung terroristischer Online-Inhalte

Die Kommission hat am 18.06.2025 bekanntgegeben, BUL, IRL und PTL vor dem EuGH zu verklagen, weil diese Mitgliedstaaten bestimmten Verpflichtungen aus der Verordnung zur Bekämpfung terroristischer Online-Inhalte nicht nachgekommen seien. Nach der Verordnung müssen Online-Plattformen terroristische Inhalte in der EU innerhalb einer Stunde nach Erhalt einer von einer Behörde eines Mitgliedstaats erlassenen Entfernungsanordnung entfernen. Damit soll laut Kommission der Verbreitung extremistischer Ideologien im Internet ein Riegel vorgeschoben werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1496

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Verleihung des Kulturerbepreises 2025

Am 12.06.2025 gab die Kommission – gemeinsam mit Europa Nostra, dem europäischen Kulturerbenetzwerk – die Preisträger des diesjährigen European Heritage Awards/Europa Nostra Awards bekannt. Unter den 30 Gewinnern waren drei deutsche Preisträger bzw. Gewinner mit deutscher Beteiligung: „Odeuropa“ ein Projekt mit deutscher Beteiligung aus der Kategorie „Forschung“, „European Heritage Volunteers“ aus der Kategorie „Allgemeine und berufliche Bildung und Qualifikationen“ sowie die Verleihung des Titels „Kulturerbe Champion“ an den deutschen Prof. em. Peter Latz. Seit dem Tag der Bekanntgabe besteht zudem die Möglichkeit, bis zum 12.09.2025 online seine Stimme für den ebenfalls zu verleihenden Public Choice Award 2025 abzugeben. Seit 2002 werden die Kulturerbepreise jährlich verliehen, um herausragende Leistungen u.a. in den Bereichen Schutz und Erhaltung des kulturellen Erbes in Europa zu würdigen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-kulturerbepreis-2025-drei-auszeichnungen-gehen-nach-deutschland-2025-06-12_de

Veranstaltungen

„Unsere europäische Gesellschaft: Wie wir die EU besser vermitteln und entwickeln können“

Auf Einladung des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz und dem Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht Prof. Dr. Armin von Bogdandy fand am 04.06.2025 eine Veranstaltung mit dem Titel „Unsere europäische Gesellschaft: Wie wir die EU besser vermitteln und entwickeln können“ statt. In seinem Impuls erläuterte Prof. von Bogdandy sein Verständnis der in Artikel 2 des Vertrags der Europäischen Union aufgeführten „europäischen Gesellschaft“. Demnach könne Europa mit diesem Begriff den Bürgerinnen und Bürgern besser vermittelt werden. Da sich jeder als Teil einer Gesellschaft verstünde, helfe der menschnahe Begriff einer breiten Identifizierung mit der EU, da diese alle Mitgliedstaaten, deren Parlamente, den Binnenmarkt, die Zivilgesellschaft, die Kirchen etc. umfasse. In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Prof. von Bogdandy und der stellvertretende Generaldirektor des Juristischen Dienstes der Kommission, Dr. Clemens Ladenburger. Moderiert wurde die Veranstaltung von Alexandra von Nahmen, Studioleiterin der Deutschen Welle in Brüssel.

Reihe „Sounding Board konkret“: Bürokratie als Hindernis für Wirtschaft, Innovation und Verteidigung

Am 05.06.2025 fand in Brüssel die Auftaktveranstaltung der neuen Reihe „Sounding Board konkret“ statt. Eingeladen hatte der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz. Die Veranstaltung stand unter dem Titel: „Bürokratie als Stolperstein für Wirtschaft, Innovation und Verteidigung – Impulse für ein handlungsfähigeres Europa“. Die Reihe begleitet die Arbeit des „Sounding Boards, einem Expertengremium, das EU-Gesetzesvorhaben auf Bürokratieabbau prüft. Zum Auftakt sprach der Europaabgeordnete Lukas Mandl (AUT/EVP). Er hob hervor, dass in Europa ein Umdenken beim Thema Bürokratie begonnen habe. Gleichzeitig betonte er: Für Fortschritte bei Innovation und Sicherheit braucht es gezielte Investitionen. Benjamin Hartmann, Experte im Kabinett des EU-Kommissars Andrius Kubilius (zuständig für Verteidigung und Weltraum), stellte anschließend fest: Im Bereich Verteidigung steht die EU unter starkem Druck, Bürokratie abzubauen. Er berichtete über neue Verfahren, die mit dem geplanten „Verteidigungsomnibus“ eingeführt werden sollen. In der folgenden Diskussion schilderten mehrere Wirtschaftsvertreter konkrete Herausforderungen, darunter: Stefan Messer, Aufsichtsratsvorsitzender von Messer SE & Co. KGaA; Thomas Lippok, Chief Strategy Officer der HBK Group und Karsten Lepper, EU-Beauftragter der deutschen Industrie für Verteidigung und Sicherheit (BDSV/BDI). Sie beschrieben etwa Probleme mit aufwendigen Dokumentationspflichten und komplizierter Steuerverwaltung. Lepper kritisierte zum Beispiel, dass zu viel Regulierung Innovation hemme – gerade im Verteidigungsbereich sei das gefährlich. Srita Heide, Vorsitzende der „Working Group on Global Business and Trade“ von SME Connect, machte deutlich: Viele Gesetze sind für kleine und mittlere Unternehmen kaum verständlich. Rechte und Pflichten seien oft nicht klar erkennbar. Benjamin Hartmann betonte, dass Europas Verteidigungsindustrie flexibel bleiben müsse, um im Ernstfall innovativ reagieren zu können. Minister Pentz betonte in seinem Schlusswort, dass Hessen bereits konkrete Maßnahmen ergriffen habe – etwa Gesetzesinitiativen im Bundesrat zum Abbau von

Bürokratie und zur Abschaffung unnötiger Schriftformerfordernisse. Auch die Sprache in der Verwaltung solle bürgernäher werden. Bürokratie schaffe Planbarkeit und Berechenbarkeit von Verwaltungshandeln, sei also nicht per se schlecht, so Pentz. Wenn man es aber übertreibt, dann schwäche sie den Wirtschaftsstandort und an diesem Punkt sei man angekommen. Die Moderation übernahm Andreas Heitker, Korrespondent der Börsen-Zeitung.

Reihe „Sounding Board konkret“: Innovation und nachhaltiges Wachstum – Realitätstest für Europas Ambitionen

Am 10.06.2025 fand die zweite Veranstaltung der Reihe „Sounding Board konkret“ statt. Veranstalter waren der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz sowie Merck KGaA. Das Thema: Innovation und nachhaltiges Wachstum: Ein Realitätscheck für Europas strategische Ambitionen“. Minister Pentz eröffnete die Veranstaltung. Er berichtete über Maßnahmen zum Bürokratieabbau in Hessen sowie über hessische Impulse auf Bundes- und EU-Ebene. Zudem forderte er einen Kulturwandel in Verwaltung und Wirtschaft – Bürokratieabbau sei ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Jean-Paul El Ahl, Leiter des EU-Hubs bei Merck, betonte in seinem Impuls: Es gebe bereits Fortschritte auf EU-Ebene. Doch es brauche weitere Maßnahmen, um Europas Innovationskraft zu sichern. MdEP Prof. Dr. Sven Simon (DEU/EVP), Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen im Europäischen Parlament, kritisierte: Europa sei bei Innovationen im Rückstand. Grund sei die übermäßige Regulierung. Das EU-Gesetzgebungsverfahren müsse schlanker und effizienter werden. In der anschließenden Diskussion wurde das Thema kritisch beleuchtet. Trotz bestehender Probleme schätzte das Podium Europas Zukunft insgesamt optimistisch ein: MdEP Marie-Pierre Vedrenne (FRA/RENEW) forderte eine stärkere Umsetzung bestehender Gesetze und klarere gemeinsame Ziele. Ann-Sofie Rønnlund, Kabinettsmitglied der EU-Kommissarin Zaharieva, hob hervor, dass mehr Investitionen in Forschung und Start-ups nötig seien. Malte Kilian, Leiter EU-Government Affairs bei der Deutschen Bank, plädierte für eine bessere Verbindung von öffentlichen und privaten Investitionen. Die Politik müsse weniger ins Detail gehen und stattdessen gute Rahmenbedingungen schaffen. Jean-Paul El Ahl kritisierte die Komplexität der EU-Vorgaben und sprach sich für sektorübergreifende Ansätze aus. Prof. Dr. Sven Simon ergänzte, dass die aktuellen „Omnibus-Pakete“ der Kommission nicht an die Wurzeln der Bürokratie gingen. Es brauche mutige, grundlegende Reformen. Die Veranstaltung wurde moderiert von Dr. Detlef Fechtner, politischer Chefreporter der Börsen-Zeitung.

„Von der Rebe ins Weinglas: Wie kann internationale Forschung eine nachhaltige Zukunft für den Weinbau sichern?“

Am 10.06.2025 fand auf Einladung des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz die Fachveranstaltung „Von der Rebe ins Weinglas: Wie kann internationale Forschung eine nachhaltige Zukunft für den Weinbau sichern?“ in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU statt. Die gemeinsam mit der Partnerregion Nouvelle-Aquitaine durchgeführte Veranstaltung fokussierte sich auf die Schnittstelle der europapolitisch aktuellen Themen Weinbau, Landwirtschaft, Klima, Forschung und Innovation. An der Veranstaltung nahmen zehn Forschende der Partnerhochschulen Geisenheim, Bordeaux und Adelaide aus Australien teil, die einen Einblick in ihre aktuellen Erkenntnisse zu verschiedenen Themen der aktuellen Weinbauforschung boten. Christoph Degen, Hessischer Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, Kunst

und Kultur, würdigte die Kooperation der Hochschulpartner aus Geisenheim, Bordeaux und Australien. Die hessische Landesregierung hatte in die Einrichtung eines virtuellen internationalen Forschungsinstituts der Partner über beide Kontinente hinweg (Institut „BAG“) signifikant investiert, erläuterte Christoph Degen. Diese erfolgreiche langjährige Kooperation werde durch die Veranstaltung sichtbar. Für die Nouvelle-Aquitaine begrüßte Marie-Pierre Mesplède, Leiterin der Brüsseler Vertretung. Gisela Qualia, Forschungsbeauftragte der Generaldirektion Landwirtschaft der Kommission, skizzierte die Förderchancen in Horizont Europa. Auf den Panels engagierte sich u.a. der Präsident der Universität Geisenheim, Prof. Dr. Hans Reiner Schultz. Die Forschenden verdeutlichten die Auswirkungen durch den Klimawandel auf den Weinbau und zunehmende Extremwetterereignisse wie Brände und Überflutungen. Staatssekretär Degen wies abschließend auch darauf hin, dass das große internationale Engagement der Partner von der Kommission belohnt worden sei: Im Mai 2025 hatten die Geisenheim University und Bordeaux Sciences Agro gemeinsam mit einem Konsortium eine Auszeichnung von der EU-Kommission erhalten und werden mit einem Projekt in der landwirtschaftlichen Entwicklung („EU-GIFT“) als „European University Alliance“ aus dem EU-Förderprogramm Erasmus+ gefördert.

„For Tomorrow: Digitale Resilienz in Katastrophen – Digital Leaders Roundtable Hessen“

Am 11.06.2025 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU, der „Digital Leaders Roundtable“ zum Thema „For Tomorrow: Digitale Resilienz in Katastrophen“ statt. Hierbei tauschte sich die Hessische Ministerin für Digitalisierung und Innovation Prof. Dr. Kristina Sinemus mit Experten aus Politik, Wissenschaft und Kommission über die Bedeutung und den Sachstand digitaler Resilienz, mit besonderem Fokus im Hinblick auf Katastrophensituationen aus. Prof. Dr. Sinemus betonte in ihrem Grußwort, dass digitale Resilienz und Souveränität essenziell für die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft sind. In der nachfolgenden Paneldiskussion verdeutlichte sie, dass mit dem geplanten nationalen Zentrum für Digitale Resilienz in Hessen eine strategische Investition zum Schutz kritischer Infrastrukturen sowie zur Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands stattfindet. MdEP Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (DEU/RENEW), Vorsitzende des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung des EP, verwies auf die Notwendigkeit robuster digitaler Systeme und einer engen Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren als Grundpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur. Dr. Hans Das, stellvertretender Generaldirektor für Europäischen Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der EU-Kommission (GD ECHO), hob hervor, dass digitale Resilienz eine Priorität der Krisenvorsorge sei, da viele moderne Bedrohungen die digitale Infrastruktur betreffen. Prof. Dr. Matthias Hollick, Technische Universität Darmstadt, betonte die Bedeutung kontinuierlicher Forschung und gesellschaftlicher Einbindung für den Aufbau resilienterer digitaler Infrastrukturen. Dr. Björn Gütlich, Abteilungsleiter beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR), wies auf die kritische Rolle der Raumfahrt als Teil der Infrastruktur und die Bedeutung satellitenbasierter Kommunikationsnetze wie IRIS² im Krisenfall hin. Silke Wettach, freie Journalistin, moderierte die Veranstaltung.

„Musikalische Vielfalt – ein Meilenstein für die EU-Kulturpolitik“

Am 11.06.2025 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU auf Einladung des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz die Veranstaltung „Musikalische Vielfalt – ein Meilenstein für die EU-Kulturpolitik“ statt, die mit dem Europäischen Musikrat ausgerichtet wurde. „In einer Zeit, in der unsere Werte und unsere gemeinsame Identität durch geopolitische Krisen, Konflikte und Angriffe auf die Probe gestellt

werden, ist es wichtiger denn je, die Kraft der Kultur und insbesondere die Kraft der Musik zu nutzen, um Brücken zu bauen, interkulturelle Verständigung zu fördern und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt grenzüberschreitend zu stärken“, sagte Christoph Degen, Hessischer Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, zur Begrüßung. Die Auftaktveranstaltung zum diesjährigen Europäischen Forum für Musik 2025 in Brüssel stand ganz im Zeichen der musikalischen Vielfalt und der Zukunft der EU-Kulturpolitik. Die Junge Musik Hessen sorgte für musikalische Untermalung durch einen Jazz-Auftritt mit mehreren gemeinsamen Parts von Ivo Vasilev (Trompete) und Fathan Nauval Syahab (Gitarre). Die Veranstaltung fand anlässlich des 20. Jahrestages des UNESCO-Übereinkommens von 2005 zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen statt. Lodovico Folin-Calabi, Vertreter der UNESCO bei der EU, hob die starke Kraft der Musik hervor, um in Zeiten von Fragmentierung und Kriegen die Menschen miteinander zu verbinden. MdEP Hannes Heide (S&D/AUT) trat für eine starke Rolle und finanzielle Ausstattung der Kultur im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ein. Er wies auch auf die starke wirtschaftliche Bedeutung des Kreativsektors hin. Susanne Hollmann, Senior Expert der EU-Kommission (Generaldirektion Bildung und Kultur), begrüßte, dass Hessen der Rolle der Musik starke Aufmerksamkeit widmet und berichtete, dass die Kommission derzeit für die EU-Kulturpolitik einen strategischen „EU-Kulturkompass“ erarbeitet. Staatssekretär Degen sprach sich dafür aus, dass der Kulturkompass neue Chancen für Kultur- und Musikschafter bieten soll und auch einfachere Antragstellungen bei der EU. Das EU-Programm Kreatives Europa solle weiterhin starke Fördermöglichkeiten für Projekte vor Ort bieten, so die Forderung von Staatssekretär Degen und Hannes Heide.

Karrieremesse in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU

Die Landesvertretung hat am 12.06.2025 zu ihrer traditionellen Karrieremesse in Brüssel eingeladen. Die Veranstaltung, die von der HessenChemie unterstützt wird, bot über 250 Praktikantinnen und Praktikanten sowie Trainees aus den EU-Institutionen, Ländervertretungen, Organisationen und Verbänden die Möglichkeit, sich über Berufsbilder und Karrieremöglichkeiten bei der EU sowie dem europäischen und nationalen Umfeld zu informieren. Es war die 13. Karrieremesse dieser Art, mit der sich die Landesvertretung auch aktiv für Bewerbungen für den Öffentlichen Dienst in Hessen einsetzt. Vertreten waren neben dem Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz und dem Hessischen Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat u.a. die Ständige Vertretung Deutschlands bei der EU, das Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO), die Helaba Landesbank Hessen-Thüringen, die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), sowie ferner sowohl Verbände wie die HessenChemie und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) als auch Netzwerke, u.a. Young Professionals in Foreign Policy und die Europa-Union Deutschland.

Vorstellung des 60. Bundeswettbewerbs Jugend forscht

Am 18.06.2025 hatte der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz zu einer Präsentation des 60. Bundeswettbewerbs Jugend forscht in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU eingeladen. Dr. Jessica Bönsch, Geschäftsführende Vorständin der Stiftung Jugend forscht e.V., erinnerte daran, dass die MINT-Bildung zentral für die Zukunft Deutschlands und der EU sei. Vor dem Hintergrund des 60. Jubiläums des Wettbewerbs stellte sie dessen Genese und wesentlichen Merkmale vor. Oliver Karplak, Leiter des Hessischen Landeswettbewerbs, ergänzte die Vorstellung mit einer Präsentation des diesjährigen Wettbewerbs in Hessen. Er zeigte sich u.a. erfreut über die wachsenden Teilnehmerzahlen. Im Anschluss wurden folgende Projekte

vorgestellt: „Zoo-Management-System“ von Vincent Engelbrecht (19), Katharinen-Gymnasium Ingolstadt, Bayern; „Bionisches Wandkühlsystem nach Termitenvorbild“ von Svenja Bergling (19), Oswald-von-Nell-Breuning-Schule, Rödermark, Hessen; „Formic Power – Energiekreislauf neu definiert“ von Marleen Löber (16), Schuldorf Bergstraße, Seeheim-Jugenheim, Hessen; „Langstrecken-Passagierflug: Experimente im Windkanal mit Fischertechnik“ von Liang Künzler (12), Ludwig-Georgs-Gymnasium Darmstadt, Hessen; „Prävalenz und Peptidtherapie infektiöser Krebszellen“ von Julia Lenger (19) und Leila Jürß (19), Mariengymnasium Papenburg, Niedersachsen; „Technologie der Pulsröhrenkühlung“ von Ben Hibinger (17) und Isabel Reese (19), Albert-Einstein-Gymnasium, Frankenthal, Rheinland-Pfalz. Die Abendveranstaltung war eingebettet in einen von der Landesvertretung organisierten dreitägigen Besuch der Jungforscherinnen und Jungforschern in Brüssel.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

26./27.06.2025 Europäischer Rat

Rat

23.06.2025 Auswärtige Angelegenheiten

23.06.2025 Ministertagung EU-Südliche Nachbarschaft

23.06.2025 Gipfeltreffen EU-Kanada

23./24.06.2025 Landwirtschaft und Fischerei

23./24.06.2025 Informelle Ministertagung „Tourismus“

24.06.2025 Allgemeine Angelegenheiten

04.07.2025 Gipfeltreffen EU-Moldau

Europäische Kommission

25.06.2025 Neuer Rahmen für staatliche Beihilfen
Strategie für die Raumfahrtindustrie
EU-Raumfahrtgesetz

02.07.2025 Klimagesetz – 2040 Ziel
Quantenstrategie der EU
Life-Science-Strategie
Chemikalienpaket
- Aktionsplan für die EU-Chemieindustrie

Europäisches Parlament

In den nächsten zwei Wochen findet keine Plenarsitzung statt.

Ausschuss der Regionen

- 24.06.2025 ENVE-Fachkommissionssitzung
Naturschutzgutschriften - ein Rahmen für die Förderung von biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen (Abstimmung)
Anpassung an den Klimawandel in Städten und Regionen: der Europäische Plan zur Anpassung an den Klimawandel (Meinungsaustausch)
Lage der Energieunion: Vorbereitungen für eine reibungslose Energiewende im Einklang mit den Zielen des Pakets Fitfür55 (Abstimmung)
- 26.06.2025 COTER-Fachkommissionssitzung
Keine Abstimmungen oder Meinungsaustausche zu Stellungnahmen oder Arbeitsdokumenten aus dem Fachkommissionsarbeitsprogramm
- 02./03.07.2025 167. AdR-Plenarsitzung
Marktvorschriften und Stützungsmaßnahmen im Weinsektor
Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung
Mehr als nur eine Finanzierungsfrage: Lokale und regionale Gebietskörperschaften mobilisieren öffentliche und private Ressourcen für wirksame Maßnahmen im Nachgang zu den Energiewende-Dialogen vor Ort
Deal für eine saubere Industrie
Generationengerechtigkeit: Ein lokaler und regionaler Ansatz für die Gestaltung inklusiver und nachhaltiger Gesellschaften
Ein einfacheres und schnelleres Europa
Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern
Klimapolitik als Beitrag der EU zur COP 30 der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC)
Überarbeitung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung

Europäischer Gerichtshof

24.06.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C 351/23 GR REAL – Versteigerung des als Kreditsicherheit dienenden Eigenheims (SLK)

25.06.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C 483/24 Aldi (Spuren von Schädlingen) – Lebensmittelhygiene im Groß- und Einzelhandel (BEL)

25.06.2025

Urteile des Gerichts in der Rechtssache T 366/22 Ryanair / Kommission (Condor II; COVID-19) – Covid-19-Beihilfen Deutschlands zugunsten von Condor

25.06.2025

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T 239/23 Comité interprofessionnel du vin de Champagne und INAO / EUIPO - Nero Lifestyle (NERO CHAMPAGNE) – Markenstreit um NERO CHAMPAGNE

26.06.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 618/23 SALUS – EU-Bio-Logo für Arzneitees? (DEU)

26.06.2025

Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtsmittelsachen C 464/23 P EVH /, C 465/23 P Stadtwerke Leipzig, C 467/23 P TEAG /, C 468/23 P EnergieVerbund Dresden / und C 470/23 P GGEW / Kommission sowie in den Rechtsmittelsachen C 466/23 P Stadtwerke Hameln Weserbergland /, C 469/23 P eins energie in sachsen /, C 484/23 P Mainova / und C 485/23 P enercity / Kommission – Austausch von Vermögenswerten zwischen RWE und E.ON

26.06.2025

Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtsmittelsachen C 776/23 P Kommission / Spanien, C 777/23 P Kommission / Banco Santander u.a., C 778/23 P Kommission / Sociedad General de Aguas de Barcelona, C 779/23 P Kommission / Telefónica und Iberdrola sowie C 780/23 P Kommission / Ferrovial u.a. (Indirekte Beteiligungen) – Steuererleichterungen in Spanien bei indirekten Beteiligungen an ausländischen Unternehmen

26.06.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C 366/24 Amazon EU (Mindestgebühren für die Lieferung von Büchern) – Mindestgebühren in Frankreich für den Versand von Büchern (FRA)

26.06.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C 767/23 Remling – Vorlagepflicht letztinstanzlich entscheidender Gerichte (NDL)

26.06.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C 313/24 Opera Laboratori Fiorentini – Tragweite der restriktiven Maßnahmen gegen Russland und dort ansässige Personen (ITL)

02.07.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-484/24 NTH
Haustechnik – Datenverarbeitung durch die Justiz (DEU)

02.07.2025

Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-1103/23 und T-1104/23 Ferrari / EUIPO -
Hesse (TESTAROSSA) – Markenstreit um TESTAROSSA

03.07.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-610/23 Al Nasiria – Rechtsschutz
gegen Ablehnung eines Asylantrags (GRI)

03.07.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-582/23 Wiskier – Missbräuchliche
Vertragsklauseln: Berücksichtigung in einem Insolvenzverfahren (POL)

03.07.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-291/24
Steiermärkische Bank und Sparkasse u. a. – Bekämpfung von Geldwäsche:
Strafbarkeit juristischer Personen (AUT)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 04.07.2025.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

Vereinigte Staaten von Amerika	USA
--------------------------------	-----